



Fehlanreize beim Bürgergeld abbauen

Jana Schimke: Das Prinzip „Fordern und Fördern“ wird nicht richtig umgesetzt

Mittelstandspolitik ist für Jana Schimke kein Buch mit sieben Siegeln. Die CDU-Politikerin und studierte Politikwissenschaftlerin war bis zu ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 2013 zuvor fünf Jahre in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) tätig. Als Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Tourismus und als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales kennt Jana Schimke die Sorgen und Nöte der kleinen und mittleren Betriebe – besonders im Bereich der Gastronomie. Als Mitglied im Vorstand des

Parlamentarischen Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und als stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) genießt die gebürtige Cottbuserin ob ihres ökonomischen Sachverständnisses nicht nur einen herausragenden Ruf innerhalb ihrer Partei, sondern auch in der heimischen Wirtschaftsregion des Landkreises Dahme-Spreewald. Aber auch Themen wie „Innere Sicherheit“, „Schutz des Rechtsstaates“ und „Schutz der EU-Außengrenzen“ kommen bei Jana Schimke nicht zu kurz, wie sie in einem Gespräch mit Janina Schäfer deutlich machte.

? Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent für im Lokal verzehrte Speisen läuft nach dem Willen der Ampel-Regierung zum 31.12.2023 aus. Sie sind Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Tourismus. Teilen Sie die Befürchtungen der Fachverbände, dass diese Maßnahme zu einem weiteren Gaststättensterben führen wird?

Jana Schimke: Zunächst warten wir noch auf die neusten Ergebnisse der Steuerschätzung für das Jahr 2024. Die Ampel-Regierung hat angekündigt, anhand dieser Ergebnisse dann eine Entscheidung zu treffen. Für uns als Union steht fest: Eine Entfristung der 7-Prozent-Regelung ist für unsere Gastronomie existenzsichernd, die immer noch unter den Folgen der Corona-Zeit leidet.

? Wird die Umsatzsteuererhöhung nach Ihrer Ansicht auch Auswirkungen auf die Tourismus-Branche haben? Wenn ja, welche?

Jana Schimke: Sollte die Umsatzsteuer wieder auf das alte Niveau angehoben werden, rechnen wir mit einem weiteren Sterben der Gastronomie. Wir haben mit der Corona-Zeit bereits 36.000 Betriebe am Markt verloren. Diese Branche ist überproportional vom Fachkräftemangel betroffen, der ebenfalls existenzbedrohend, wenn nicht sogar existenzvernichtend, ist. Zudem schreibt diese Branche seit drei Jahren Verluste. Das Ganze gepaart mit Inflation und Büro-

kratie macht das Wirtschaften extrem schwierig. Die Frage, ob man bei sieben Prozent bleibt oder zu den 19 Prozent zurückkehrt, ist eine Frage, die über den Fortbestand vieler Betriebe entscheiden wird.

? Sehen Sie noch die Möglichkeit, als Oppositionspartei die Ampel-Regierung in dieser Frage umzustimmen?

Jana Schimke: Wenn die Entscheidung der Ampelregierung nur davon abhängt, ob wir sie umstimmen können, dann wäre Politik wahrscheinlich viel einfacher. Bei diesem Thema geht es auch darum, dass der Protest und die Kritik an einer möglichen Erhöhung vor allem aus der Mitte der Gesellschaft und den Gastronomiebetrieben kommt. Das geschieht nach meiner Wahrnehmung auch sehr deutlich. Nach meiner Erfahrung war das bisher immer sehr erfolgreich, wenn es darum ging, Regierungshandeln zu beeinflussen. Die Opposition kann Debatten anstoßen, sie wird auch im Plenum dagegen stimmen, wenn es zu einer Erhöhung kommt. Aber es wäre naiv zu glauben, dass ein Kurswechsel allein durch den Druck der Opposition bestimmt wird.

? Sie sind auch ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Wäre es nicht an der Zeit, nachdem die Ampel das Bürgergeld erhöht hat, für Arbeitslose, die eigentlich arbeiten könnten, eine Jobpflicht einzuführen?



„Sollte die Umsatzsteuer wieder auf das alte Niveau angehoben werden, rechnen wir mit einem weiteren Sterben der Gastronomie.“

„Es gibt zu viele Möglichkeiten, dauerhaft in den sozialen Sicherungssystemen zu bleiben, sich dort einzurichten und Arbeitsangebote auszuschlagen. Insofern plädiere ich dafür, das Bewusstsein für Arbeit deutlich zu schärfen.“



„Wir wollen Migration steuern und begrenzen und eine Fachkräftezuwanderung sehen, die ihren Namen auch verdient. Wir wollen keine gescheiterte Asylpolitik die man uns am Ende als Fachkräfteeinwanderung verkaufen möchte.“

Jana Schimke: Zunächst einmal hat jeder Arbeitslose schon jetzt die Pflicht, sich um Arbeit zu bemühen. Wir haben in Deutschland das Prinzip des Forderns und Förderns. Das Problem ist nur, dass die Umsetzung dieses Prinzips nicht in angemessener Art und Weise geschieht. Insbesondere das Fordern wird aus unserer Sicht nicht richtig umgesetzt. Es gibt zu viele Möglichkeiten, dauerhaft in den sozialen Sicherungssystemen zu bleiben, sich dort einzurichten und Arbeitsangebote auszuschlagen. Insofern plädiere ich dafür, das Bewusstsein für Arbeit deutlich zu schärfen und die Fehlanreize abzubauen. Im Grunde müssten weite Teile der Bürgergeldreform zurückgenommen werden.

? Bürgergeldempfänger haben vielfach deutlich mehr Geld zur Verfügung als Arbeitnehmer, deren Einkommen knapp über dem Mindestlohniveau liegt. Das Nachrichtenmagazin Focus berichtete über einen Bürgergeldempfänger, der mit den Worten zitiert wird: „Wer arbeiten geht, verkauft nur seine Seele.“ Ist nicht zu befürchten, dass dieses Beispiel Schule macht?

Jana Schimke: Diese Aussage ist so nicht richtig. Wer weniger verdient, als der Bürgergeld-Regelsatz umfasst, der hat Möglichkeiten, sein Gehalt aufzustocken. Was allerdings der Wahrheit entspricht, ist die Tatsache, dass unter der Abwägung aller Erfordernisse Arbeiten zu gehen, früh aufzustehen und sich anzustrengen, als weniger lohnenswert betrachtet wird, als zu Hause zu bleiben. Und das ist ein Aspekt, den wir nicht ignorieren dürfen und der uns zeigt, dass wir über die Ausgestaltung sozialer Leistungen, die es neben dem Regelsatz noch gibt, überdenken sollten.

? Von der Kommission „Wohlstand“, einer von zehn Fachkommissionen der CDU, wird vorgeschlagen, alle Erbschaften mit einer „Flat Tax“ von zehn Prozent zu belegen. Bisher wurden die Erben von Familienunternehmen deutlich begünstigt. Sind diese Pläne nicht kontraproduktiv – besonders mit Blick auf die Weiterführung eines Betriebes und die damit verbundenen Arbeitsplätze?

Jana Schimke: Wir haben die Kritik an diesem Vorschlag sehr wohl zur Kenntnis genommen, und ich möchte darauf hinweisen, dass sich diese Arbeitsgruppe ihre Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen hat. Insofern würde ich gerne erst einmal die Ergebnisse dieser Fachkommission abwarten und dann darüber reden, wie wir uns als CDU in Zukunft steuerrechtlich positionieren. Im Kern geht es uns immer darum, für Entlastungen zu sorgen. Insofern war dieser Antrag auch richtigerweise mit der vollständigen Abschaffung des

Soli verbunden. Das muss man immer zusammen sehen. Ich möchte aber an dieser Stelle darauf verzichten, über Steuerkonzepte zu reden, die weder Konsens noch offiziell bestätigt sind.

? Wie positioniert sich die Wirtschafts- und Mittelstandsunion, kurz MIT, deren stellvertretende Bundesvorsitzende Sie sind, in dieser Frage?

Jana Schimke: Für uns als MIT ist immer entscheidend, dass ein Steuersystem einfach und gerecht ist und die Menschen nicht übermäßig belastet. Hier gibt es in unserem bestehenden System durchaus Verbesserungsbedarf. Ich erinnere hier an die Diskussion um den Soli, aber auch an die ganze Diskussion um die Erbschaftssteuer. Am Ende müssen sich die Menschen in diesem Steuersystem wiederfinden und sich auch gerecht behandelt fühlen. Wenn das nicht der Fall ist, dann muss man etwas ändern. Wir sind immer für Entlastungen, weil wir glauben, dass die Menschen sehr wohl selbst entscheiden können, wofür sie ihr Geld ausgeben und wo sie es investieren. Wir halten weniger von dem Ansatz, den Menschen erst einmal Einkünfte wegzunehmen und ihnen dann vorzuschreiben, wie sie diese in irgendwelchen bürokratischen Förderprogrammen zurückbekommen. Das ist nicht unsere Vorstellung von einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft. Deswegen ist es erst einmal richtig, dass dieser Reformbedarf erkannt worden ist. Wobei die Frage, in welche Richtung man im Steuerrecht geht, wo man kürzt und wo man vereinfacht, sicherlich noch zu entscheiden ist.

? Ihr Generalsekretär Carsten Linnemann, der auch Vorsitzender der Grundprogrammkommission Ihrer Partei ist, hat sich offen für eine Diskussion über einen höheren Spitzensteuersatz gezeigt. Dies müsste doch auf die Kritik der MIT stoßen. Sogar der JU-Vorsitzende Johannes Winkel hat davon gesprochen, im Höchststeuerland Deutschland über Steuerensenkungen nachzudenken. Auch in dieser Frage dürfte doch die MIT gefordert sein.

Jana Schimke: Ich glaube, es macht wenig Sinn, lediglich einzelne Steuern zu betrachten. Uns geht es darum, ein steuerpolitisches Gesamtangebot zu machen, das unter dem Strich eine Entlastung bringt. Das ist ein ganz wichtiger, entscheidender Punkt. Wie das dann im Detail aussieht, ist im Moment noch nicht entschieden und auch noch nicht konsentiert. Aber für die Gesamtbewertung ist es wichtig, dass die Belastung nicht steigt, sondern sinkt und die Menschen dadurch mehr finanzielle Spielräume bekommen.

? Wie Ihrer Homepage zu entnehmen ist, nehmen Sie nicht nur zu wirtschafts- und mittelstandspolitischen Problemen Stellung, sondern engagieren sich auch in gesellschaftspolitischen Fragen. So fordern Sie stationäre Grenzkontrollen an der polnischen Grenze, die Beschleunigung der Asylverfahren, eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber und einen wirksamen Schutz der Außengrenzen. Wird diese Ihre Haltung von allen Funktionären Ihrer Partei geteilt? Aus Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hört man nämlich da ganz andere Töne...

Jana Schimke: Die CDU ist eine Volkspartei und sie werden in unseren Reihen immer unterschiedliche Meinungen finden. Das ist auch gut so, denn das fördert den Wettstreit der Meinungen bei dem nicht nur eine Richtung thematisiert und diskutiert wird, sondern unterschiedliche Perspektiven betrachtet werden. Das finde ich sehr bereichernd. Aber was die aktuellen Probleme dieses Landes in Bezug auf gesellschaftspolitische und migrationspolitische Fragen betrifft, kann ich sagen, dass wir in unserer Partei weitestgehend einen Konsens haben. Wir wollen Migration steuern und begrenzen und eine Fachkräftezuwanderung sehen, die ihren Namen auch verdient. Wir wollen keine gescheiterte Asylpolitik, die man uns am Ende als Fachkräfteeinwanderung verkaufen möchte.

? Österreich plant, Asylbewerber während des Verfahrens zur gemeinnützigen Arbeit zu verpflichten. Diejenigen, die sich weigern, könnten ihre Grundversorgung verlieren. Kann dieser Schritt auch Auswirkungen auf Deutschland haben oder anders gefragt: Ist die österreichische Maßnahme nicht auch Grund für eine eigene Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion?

Jana Schimke: Zunächst ist festzuhalten, dass Personen, die sich noch im Asylverfahren befinden, eine deutlich geringere Unterstützung erhalten als ein herkömmlicher Bürgergeldempfänger. Erst wenn das Verfahren abgeschlossen ist, werden Asylbewerber einem Bürgergeldempfänger finanziell gleichgestellt. Unser Ziel war es immer, die Asylantragsverfahren zu beschleunigen und schnell zum Abschluss zu bringen. Wenn wir jetzt von Fehlanreizen sprechen, die dazu führen, dass Menschen nach Deutschland kommen und in die sozialen Sicherungssysteme einwandern, dann liegt es weniger an dem Zeitabschnitt, wo der Asylantrag läuft. Vielmehr besteht die sozialpolitische Sogwirkung nach Abschluss des Verfahrens, wenn man dann abgelehnt, geduldet oder auch anerkannt ist. Genau dann rutschen Migranten ins SGB II mit allen Leistungen. Das ist das eigentliche Problem,



Jana Schimke in ihrer Funktion als Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Tourismus.

wo wir tatsächlich auch im Bereich der Arbeitsintegration und Arbeitspflicht sowie der Sanktionierung deutlicher und konsequenter einfordern müssen. Bei denjenigen, die sich noch im Asylverfahren befinden und damit auch in der Erstaufnahme leben, sehe ich keinen großen Mehrwert in einem solchen Vorschlag.

? Die Nachbarländer Dänemark und Österreich fahren einen harten Kurs in der Asylpolitik. Zwangsumsiedlungen drohen, Kontrollen an den Außengrenzen und ein Kosovo-Knast für straffällige Asylbewerber. Dieser Kurs scheint Erfolg zu haben. Im Nachbarland Dänemark wurden 2023 in den ersten fünf Monaten 1.048 Asylanträge registriert. In Deutschland waren es bis Ende Mai 2023 125.566 Erstanträge plus 10.395 Folgeanträge. Was läuft in Deutschland alles schief, welche Schlüsse ziehen Sie, zieht die Union, aus dem Asyl-Kurs unserer Nachbarländer?

Jana Schimke: Dass Deutschland die höchste Zahl an Erstanträgen hat und die meisten Flüchtlinge nach Deutschland kommen wollen, hat meines Erachtens einen klaren Grund. Und der liegt eben in der guten Bleibeperspektive, die man in Deutschland hat. Auch wenn man ausreisepflichtig oder nur geduldet ist, gibt es Möglichkeiten, dauerhaft in Deutschland zu leben und alle Leistungen in Anspruch zu nehmen. Der große Unterschied zu den anderen europäischen Mitgliedsstaaten besteht darin, dass Asylsuchende, die abgelehnt werden und somit kein Bleiberecht haben, dort keine Leistungen mehr erhalten. Deutschland ist das einzige Land in Europa, das diese Leistungen auch dann noch gewährt, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde. Das muss sich ändern. Wir fordern, diese Fehlanreize abzuschaffen. ■



Die Fragen stellte Janina Schäfer